



III.

**Lagebericht
zum Entwurf
Jahresabschluss
der
Stadt Eschweiler
zum 31.12.2013**



Inhaltsverzeichnis

1	Rahmenbedingungen der gemeindlichen Tätigkeit	1
1.1	Daten der Stadt Eschweiler	1
1.2	Rat (Sitzverteilung)	2
1.3	Verwaltung zum 31.12.2013	2
1.4	Personal der Stadtverwaltung	2
2	Ergebnisrechnung 2013	3
2.1	Erträge	4
2.2	Aufwendungen	8
2.3	Kennzahlen zur Ergebnisrechnung	12
3	Finanzrechnung 2013	14
3.1	Investive Auszahlungen 2013	14
3.2	Investive Einzahlungen 2013	15
4	Bilanz zum 31.12.2013	15
4.1	Aktiva	16
4.2	Passiva	17
4.3	Kennzahlen zur Bilanz	18
5	Ergebnisentwicklung	20
6	Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung	20
6.1	Risiken aus abgeschlossenen Verträgen	23
6.1.1	Kreditverträge	23
6.1.2	Vertragliche Vereinbarungen in Zusammenhang mit städt. Beteiligungen	23
6.1.3	Gewährträgerschaft für BKJ / AöR	24

1 Rahmenbedingungen der gemeindlichen Tätigkeit

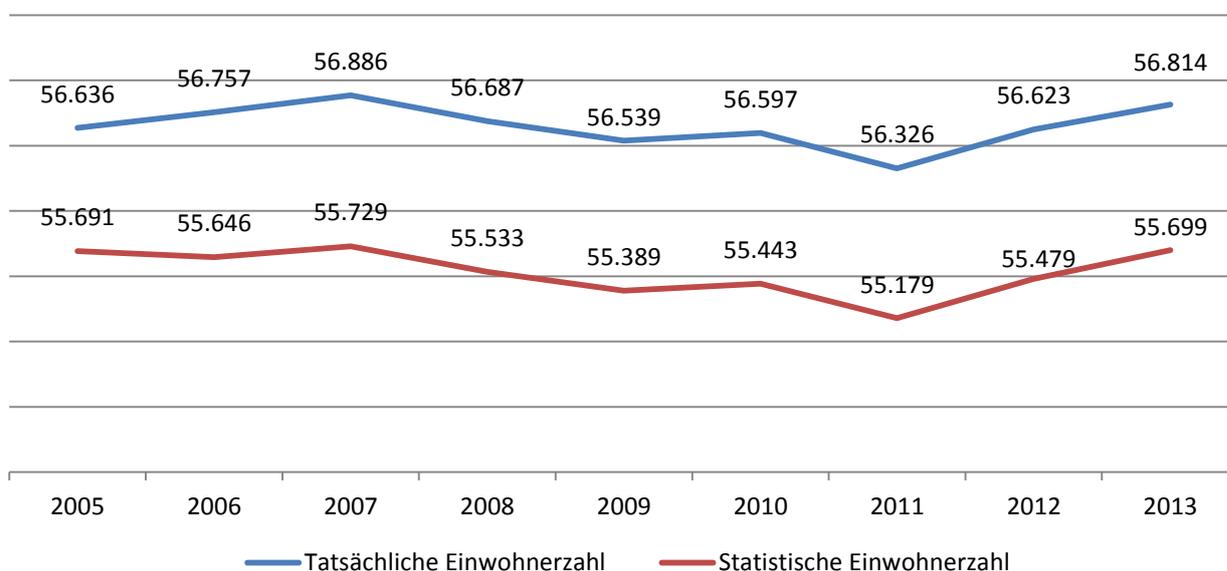
Gemäß § 37 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht nach § 48 GemHVO NRW beizufügen.

Mithilfe des Lageberichtes soll es den Bürgerinnen und Bürgern, dem Rat und der Aufsichtsbehörde ermöglicht werden, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu erhalten. Dies soll unter anderem durch eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende, Analyse der Haushaltswirtschaft, der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde erfolgen.

Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen.

1.1 Daten der Stadt Eschweiler

-Bevölkerungsentwicklung-



Entsprechend § 4 Abs. 2 GO NRW ist die Stadt Eschweiler eine mittlere kreisangehörige Stadt.

Verleihung der Stadtrechte: 26.04.1858

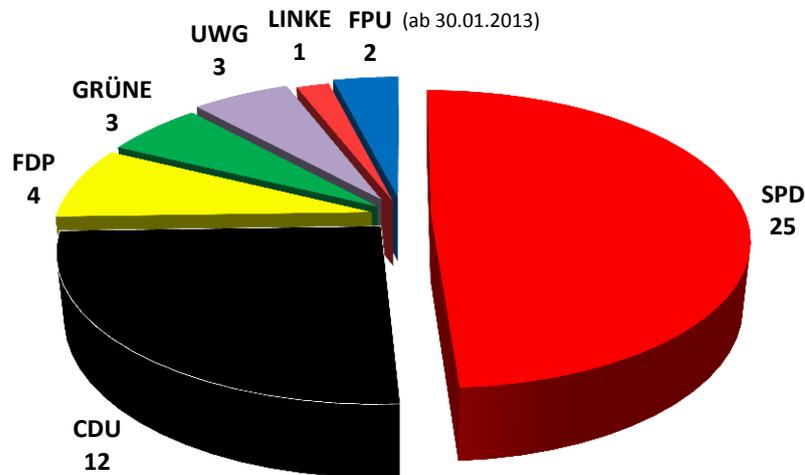
Stadtfläche: 75,88 km²

Länge des Straßennetzes: rd. 237,3 km
(einschl. Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen)

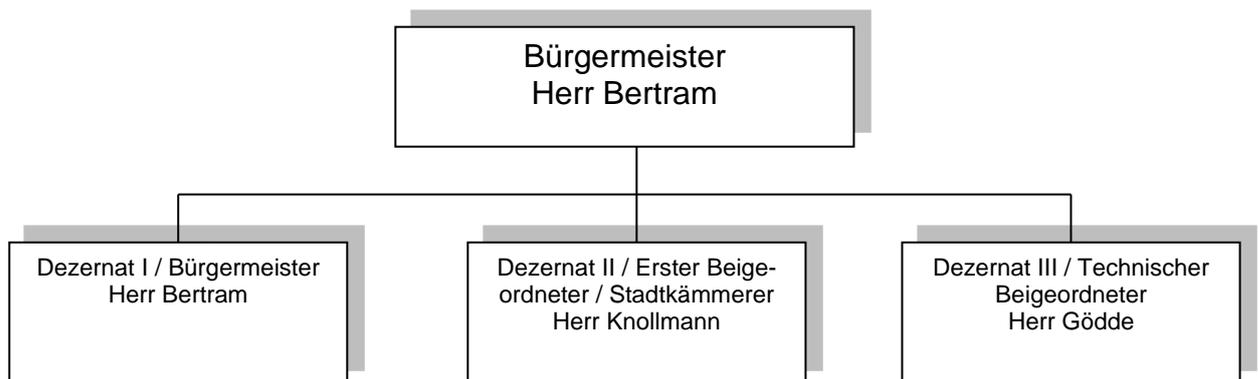
Städtische Schulen: 11 Grundschulen
1 Hauptschule
1 Realschule
1 Gymnasium
1 Gesamtschule
1 Förderschule

1.2 Rat (Sitzverteilung)

Der Stadtrat der Stadt Eschweiler besteht aus 50 Mitgliedern und dem Bürgermeister. Für das Jahr 2013 ergibt sich folgende Sitzverteilung:



1.3 Verwaltung zum 31.12.2013



1.4 Personal der Stadtverwaltung

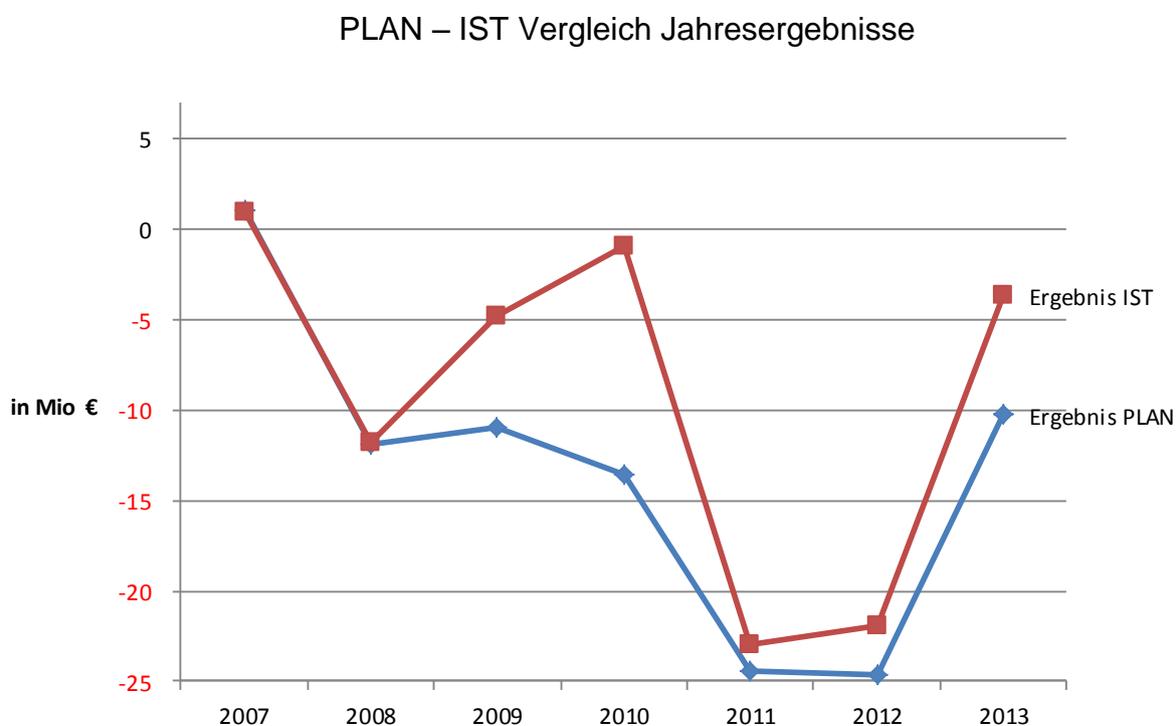
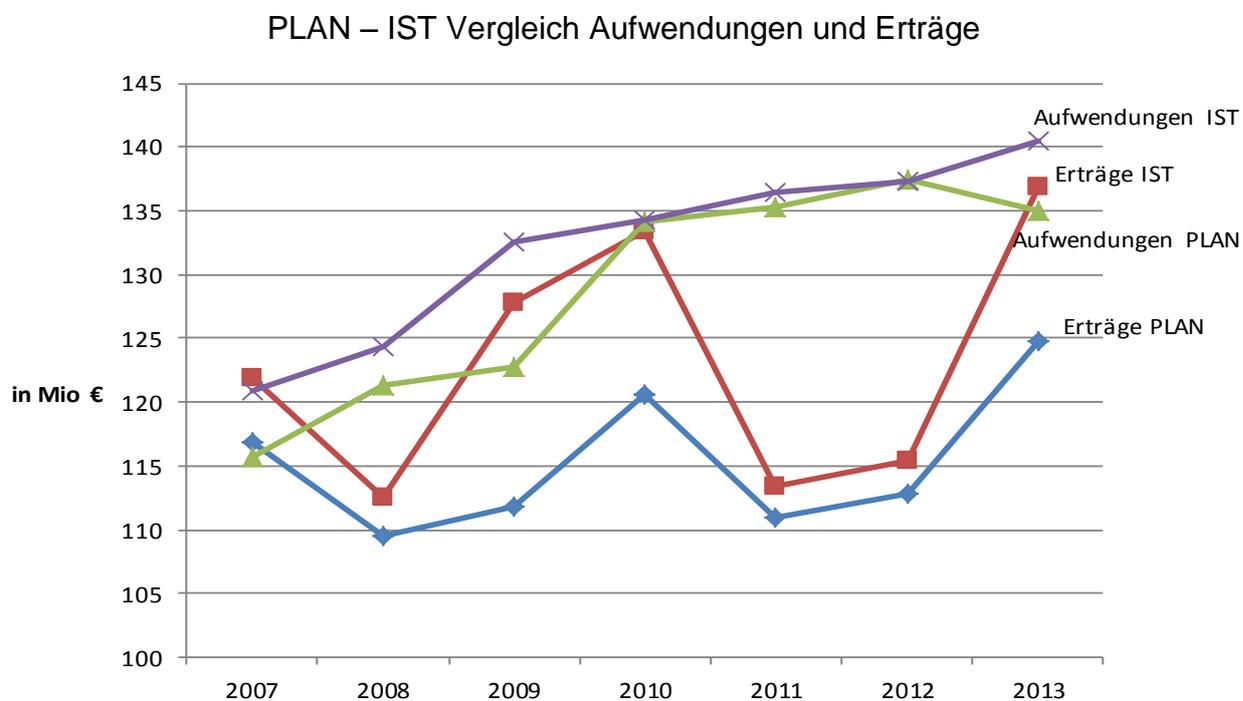
	31.12.2012	31.12.2013
Beamte	137 (21,21 %)	133 (20,59 %)
Beschäftigte	464 (71,83 %)	468 (72,44 %)
Azubi, Anwärter, Praktikant	22 (3,40 %)	20 (3,10 %)
Geringfügig Beschäftigte	23 (3,56 %)	25 (3,87 %)

Erläuterungen zur Entwicklung von 2012 zu 2013

- Ersatz von Mitarbeiter/innen in der Altersteilzeit-Freizeitphase, in Elternzeit oder von Dauerkranken, die jedoch in der Statistik noch mitgeführt werden.
- Einstellung von Anwärtern/Auszubildenden als Ersatz für Mitarbeiter/innen, die zu einem späteren Zeitpunkt ausscheiden werden.

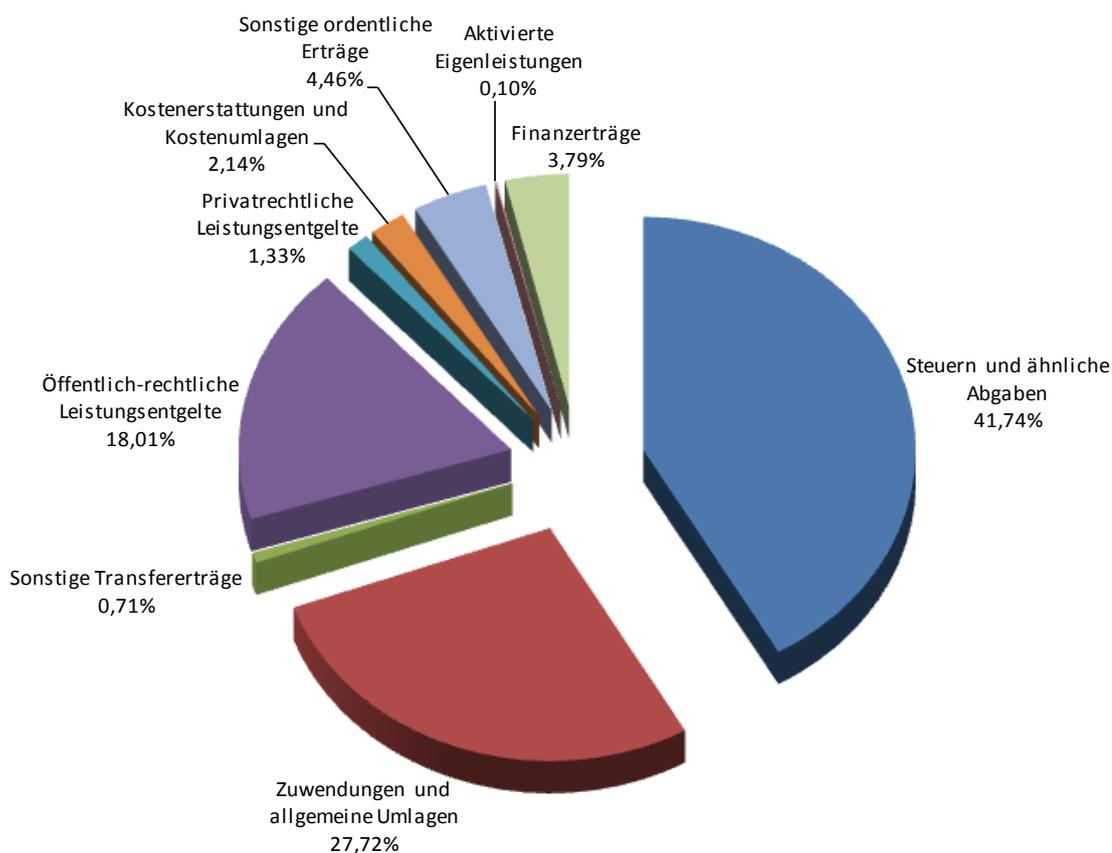
2 Ergebnisrechnung 2013

Die Ergebnisrechnung 2013 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.629.740,73 € ab. Dieser Fehlbetrag stellt im Vergleich zur Haushaltsplanung 2013 eine Haushaltsverbesserung von 6.596.609,27 € (Plan-Fehlbetrag: 10.226.350 €) dar.



2.1 Erträge

Ergebnisposition	Bezeichnung	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Abweichung 2012 / 2013
01	Steuern und ähnliche Abgaben	54.837.818,84 €	57.153.074,14 €	2.315.255,30 €
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.000.891,94 €	37.952.577,78 €	19.951.685,84 €
03	Sonstige Transfererträge	770.998,56 €	974.583,33 €	203.584,77 €
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	24.098.969,45 €	24.655.767,56 €	556.798,11 €
05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.657.527,94 €	1.827.543,79 €	170.015,85 €
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.713.398,54 €	2.936.612,35 €	223.213,81 €
07	Sonstige ordentliche Erträge	9.387.818,49 €	6.103.504,69 €	-3.284.313,80 €
08	Aktiviertete Eigenleistungen	296.582,07 €	134.677,04 €	-161.905,03 €
19	Finanzerträge	3.636.791,57 €	5.183.204,49 €	1.546.412,92 €
23	Außerordentliche Erträge	0,00 €	-0,22 €	-0,22 €
Summe Gesamtertrag		115.400.797,40 €	136.921.544,95 €	21.520.747,55 €



Im Bereich der **Steuern und ähnlichen Abgaben** ergaben sich im Wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2012 bei der Grundsteuer B (+ 0,83 Mio. €), der Gewerbesteuer (+ 0,51 Mio. €), dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+ 0,87 Mio. €) sowie der Vergnügungssteuer (+ 0,12 Mio. €). Im Vergleich zur Haushaltsplanung wurde der Haushaltsansatz von 52.708.000 € mit rd. + 4,45 Mio. € (+ 8,43 %) Mehrerträgen übertroffen.

Der Anstieg der Grundsteuer B erklärt sich durch die Erhöhung des Hebesatzes von 413 v.H. auf 450 v.H.

Die Gewerbesteuererträge erhöhten sich im Plan-/Ist-Vergleich um rd. 4,31 Mio €, hauptsächlich begründet durch die stabilere Wirtschaftslage als sie bei der Planung angenommen wurde. Im Jahresergebnisvergleich von 2012 nach 2013 wird dies deutlich, dort gibt es einen leichten Anstieg von 0,51 Mio €.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergab sich im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung (Ist 2012 / Ist 2013: + 0,87 Mio €). Die Plan/Ist Abweichung beträgt rd. - 108 T€. Diese Abweichung resultiert aus der Differenz zwischen den Orientierungsdaten vom 13.07.2012 der ersten Modellrechnung zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2013 in Verbindung mit der Regionalisierung der Novembersteuerschätzung des Landes NRW (Schnellbrief vom 20.11.2012) und der tatsächlichen Entwicklung der Steuereinnahmen.

Das Ergebnis bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** erhöhte sich um rd. 19,95 Mio. € gegenüber dem Vorjahr und lag mit rd. 3,78 Mio. € über dem Planansatz. Dieser Mehrertrag im Vergleich zum Vorjahr ergab sich aufgrund der um rd. 16,98 Mio. € höheren Schlüsselzuweisung (in 2012 schlugen sich die unerwartet hohen Gewerbesteuernachzahlungen aus 2010 zuweisungsmindernd nieder). Die Abweichung zum Planansatz begründet sich insbesondere mit der Nachzahlung in Höhe von 1,74 Mio. € aus der Abrechnung nach dem Einheitslasten-Abrechnungsgesetz.

Des Weiteren erhielt die Stadt Eschweiler in 2013 rd. 0,67 Mio. € mehr an Landeszuweisungen für die Betriebskosten der Kindergärten. Bei den Zuweisungen von übrigen Bereichen sind 2,375 Mio. € für die energetische Sanierung des Rathauses verbucht.

Das Ergebnis der **sonstigen Transfererträge** hat sich im Gegensatz zum Vorjahr um rd. 0,2 Mio. € erhöht. Dies resultiert hauptsächlich aus anderen sonstigen Transfererträgen von der Entwicklungsgesellschaft Indeland mbH zur Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH.

Bei den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** ergab sich im Gegensatz zum Haushaltsjahr 2012 ein geteiltes Bild. Neben den wesentlichen Mehrerträgen u. a. bei den Krankentransporten (+ 87 T€), den Rettungstransporten (+ 241 T€), den Abwasserbeseitigungsgebühren (+ 149 T€) und den Gebühren Kanalhausanschlüsse (+ 331 T€) gab es demgegenüber wesentliche Mindererträge bei den Verwaltungsgebühren (- 51 T€), den Baugenehmigungsgebühren (- 27 T€), den Abfallgebühren (-95 T€) und den Elternbeiträgen städt. Kindergärten (- 153 T€).

Die Mehrerträge der **privatrechtlichen Leistungsentgelte** i. H. v. 0,17 Mio. € ergeben sich durch den Ertrag aus der Altpapierverwertung (+ 79 T€) sowie Mieten und Pachten (+ 74 T€).

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** ergab sich im Haushaltsjahr 2013 eine Abweichung gegenüber dem Vorjahr i.H.v. rd. + 223 T€. Die Entwicklung von 2012 zu 2013 resultiert vor allem in geringeren Erträgen aus den Erstattungen BKJ Personalbudget (- 95 T€) und höheren Erträgen in dem Bereich Kostenerstattungen der Jugendhilfeträger (+ 318 T€).

Das erzielte Ergebnis der Position der **sonstigen ordentlichen Erträge** lag rd. 3,28 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Diese deutliche Senkung im Jahresvergleich ergibt sich zum einen aufgrund des Einmaleffektes einer gerichtlichen Entscheidung, wonach die Stadt Stolberg in 2012 zu Unrecht von der EWW erhaltene Konzessionsabgaben an die Stadt Eschweiler erstatten musste (rd. 2,26 Mio. €), sowie zum anderen aus Mindererträgen bei den Gebühren aus Verwaltungszwangsverfahren (- 129 T€), Veräußerungen v. Grundstücken und Gebäuden (- 398 T€) und der Verzinsung der Gewerbesteuer (-903 T€).

Im Bereich der **Finanzerträge** ergaben sich gegenüber dem Vorjahr 1,55 Mio. € an Mehrerträgen, die sich in der Hauptsache aus der Erstattung der Kapitalertragssteuer (+ 1,67 Mio. €) ergeben.

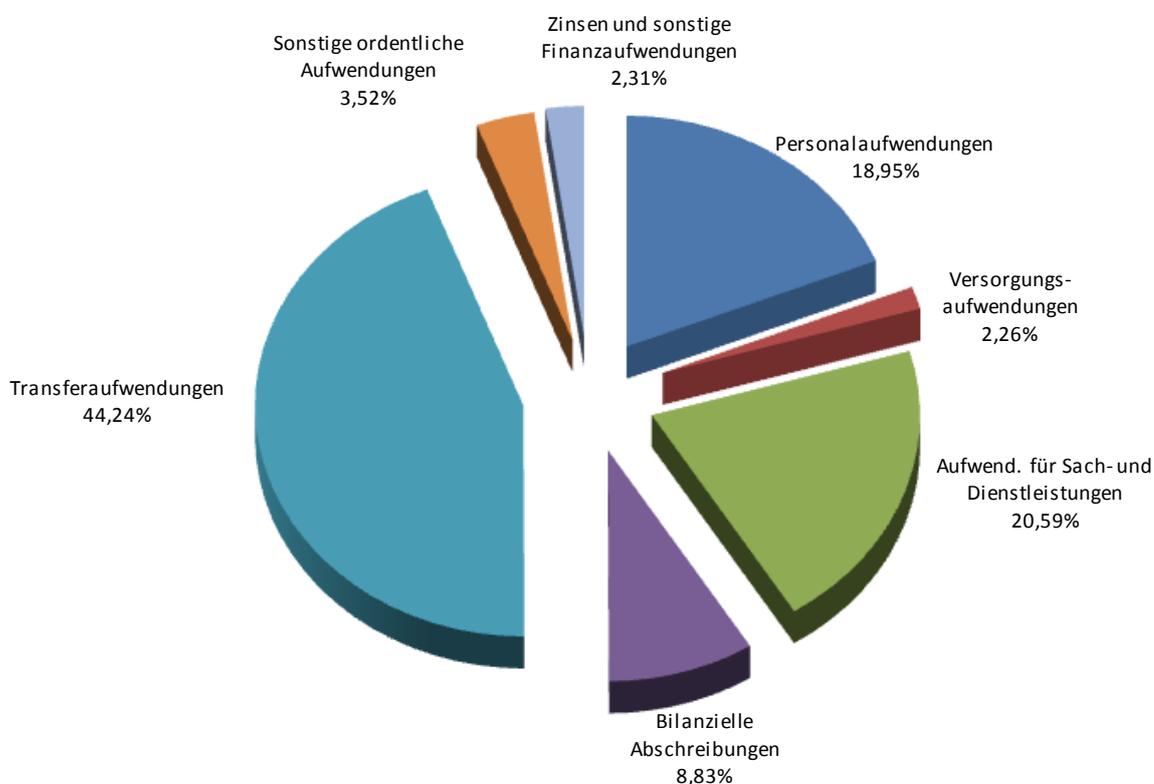
Die Steuererklärung (2011) für den BgA Bäderbetrieb konnte aufgrund der abzuwartenden Entscheidung des Bundestages zur Neuregelung der Steuerpflicht von Streubesitzdividenden erst im Dezember 2012 abgegeben werden. Somit ist die Erstattung der Kapitalertragssteuer auch erst in 2013 erfolgt. Hierbei sind Erträge i.H.v. 981.241,04 € erstattet worden.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen Ertragsarten (> 2.000.000 €) im Vergleich zum Jahr 2012 und im Vergleich zur Planung aufgezeigt:

Sachkontenbezeichnung	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013
Grundsteuer B	8.126.248,54	8.837.000	8.955.896,73
Gewerbsteuer	23.948.117,64	20.140.000	24.454.250,02
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	17.794.127,00	18.772.900	18.664.988,00
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2.098.604,00	2.180.100	2.122.415,00
Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	2.068.635,88	1.955.000	2.024.545,15
Schlüsselzuweisungen vom Land	8.439.666,00	23.825.000	25.424.187,73
LZW Betriebskosten Kindergärten	3.889.675,90	4.585.000	4.561.530,75
Zuweisungen von übrigen Bereichen	0,00	0	2.375.655,71
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus ZW vom Land	3.093.039,56	3.307.650	3.144.808,78
Abwasserbeseitigungsgebühren und ähnliche Entgelte	10.985.962,53	11.464.050	11.135.188,50
Abfallbeseitigungsgebühren und ähnliche Entgelte	4.658.458,37	4.683.150	4.563.432,56
Konzessionsabgabe "EWV Energie- und Wasservers. GmbH"	4.329.501,43	2.000.000	1.962.809,24

2.2 Aufwendungen

Ergebnisposition	Bezeichnung	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Abweichung 2012 / 2013
11	Personalaufwendungen	26.100.408,44 €	26.628.083,53 €	527.675,09 €
12	Versorgungsaufwendungen	2.402.511,72 €	2.206.161,28 €	-196.350,44 €
13	Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	29.901.491,29 €	28.934.344,57 €	-967.146,72 €
14	Bilanzielle Abschreibungen	12.485.454,20 €	12.408.305,92 €	-77.148,28 €
15	Transferaufwendungen	57.282.361,94 €	62.175.493,31 €	4.893.131,37 €
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.527.281,21 €	4.946.481,15 €	-580.800,06 €
20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.589.527,00 €	3.252.415,92 €	-337.111,08 €
24	Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe Gesamtaufwand		137.289.035,80 €	140.551.285,68 €	3.262.249,88 €



Im Ergebnis liegen die **Personalaufwendungen** in 2013 rd. 528 T€ über dem Jahresergebnis 2012 und rd. 270 T€ über dem Planwert 2013.

Die Entwicklung im Vorjahresvergleich resultiert im Beamtenbereich (+ 104 T€) aus der Abgeltung von Zusatzfreischichten im Feuerwehrbereich sowie aus sachlich gebotenen Beförderungen.

Im Bereich der tariflich Beschäftigten ergab sich im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 523 T€, dies begründet sich vor allem durch die Mehraufwendungen aufgrund der Tarifierhöhungen (ab 01.01.2013 + 1,4%, ab 01.08.2013 + 1,4%) sowie aus zusätzlichen, aufwandssteigernden Personalmaßnahmen.

Demgegenüber sanken im Vorjahresvergleich die Aufwendungen für die Zuführung zu den Rückstellungen für Altersteilzeit - Angestellte - (- rd. 133 T€) sowie die Aufwendungen für die Zuführung zu den Beihilferückstellungen für Beschäftigte (- rd. 103 T€).

Die Abweichungen gegenüber der Planung ergeben sich in der Hauptsache durch höhere Zuführungen zu Pensionsrückstellungen (+ 188 T€).

Die im Jahr 2013 gesunkenen **Versorgungsaufwendungen** (- rd. 196 T€) gegenüber 2012 begründen sich im Wesentlichen mit den gesunkenen Beiträgen zu Versorgungskassen für Versorgungsempfänger (Beamte).

Im Bereich der **Sach- und Dienstleistungen** sanken die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um rd. 0,97 Mio. €. Im reinen Vergleich zur Planung (29.519.050 €) zeigt sich (ohne Berücksichtigung der Ermächtigungsübertragungen und Ansatzfortschreibungen nach über- bzw. außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen) eine Verbesserung von rd. 0,58 Mio. €. Damit wurde auch die in der dritten Fortschreibung des HSK festgeschriebene Obergrenze im Bereich der Sach- und Dienstleistungen eingehalten; wobei der Vollständigkeit halber darauf hinzuweisen ist, dass die in diesem Bereich vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen von 2013 nach 2014 das Ergebnis 2014 belasten werden.

Die wesentlichen Abweichungen im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich vor allem in den Bereichen EDV-Dienste und Datentechnik (- 45 T€), Technisches Gebäudemanagement (- 814 T€), Allgemeine Sicherheit und Ordnung (- 33 T€), sonstige schulische Aufgaben (- 60 T€), Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (- 90 T€), Abfallwirtschaft (- 142 T€), Entwässerung und Abwasserbeseitigung (- 133 T€), Gemeindestraßen (- 624 T€) und Natur und Landschaft (- 37 T€).

Gleichzeitig stehen dem im Vergleich zum Vorjahr allerdings auch Mehraufwendungen, beispielsweise in den Bereichen der Zentralen Dienste für den allgemeinen Dienstbetrieb der Gesamtverwaltung (+ 38 T€), Infrastrukturelles / kaufmännisches Gebäudemanagement (+ 269 T€), Brandschutz / Brandbekämpfung (+ 31 T€), Kranken und Rettungstransportdienst (+ 29 T€), Gymnasium (+ 31 T€), Hilfen für junge Menschen und ihre Familien (+ 250 T€), Räumliche Planung und Entwicklung (+81 T€) und Straßenreinigung und Winterdienst (+ 169 T€).

Plan-/Ist-Abweichungen ergeben sich in der Hauptsache aus folgenden Minderaufwendungen bei den Zentralen Servicediensten für den allgemeinen Dienstbetrieb der Gesamtverwaltung (- 44 T€), EDV-Dienste und Datentechnik (- 150 T€), Grundstück- und Gebäudeverwaltung (- 52 T€), Willi-Fährmann-Schule (- 34 T€), sonstige schulische Aufgaben (- 60 T€), Abfallwirtschaft (- 137 T€), Entwässerung und Abwasserbeseitigung (- 613 T€), Gemeindestraßen (- 406 T€), Öffentliches Grün (- 67 T€) und insbesondere aus Mehraufwendungen beim Infrastrukturellem / kaufmännischem Gebäudemanagement (+ 200 T€), Technischem Gebäudemanagement (+ 124 T€), Unterhaltsvorschussleistungen (+ 32 T€), Hilfen für junge Menschen und ihre Familien (+ 676 T€) sowie Straßenreinigung und Winterdienst (+ 84 T€).

Die **bilanziellen Abschreibungen** fielen von 2012 auf 2013 um rd. 77 T€ auf insgesamt 12.408.305,92 €. Der Planbetrag wurde mit rd. 268 T€ überschritten. Der Differenzbetrag gegenüber dem Jahresabschluss 2012 ergibt sich vor allem aus Minderaufwendungen v. rd. 33 T€ im Bereich der Abschreibungen auf immaterielles Vermögen und den um rd. 105 T€ geringeren Abschreibungen auf Sachanlagen als Auswirkung des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes; nach der damit einhergehenden Änderung des § 29 Abs. 3 GemHVO NRW können geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) direkt als Aufwand verbucht werden. Demgegenüber stehen jedoch die um rd. 61 T€ höheren Niederschlagungen im Bereich der Forderungen, da vermehrt eine abschließende Bearbeitung von Vollstreckungsfällen erfolgte

Im Bereich der **Transferaufwendungen** kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer Erhöhung der Aufwendungen um rd. 4,89 Mio. €. Im Plan-/Ist-Vergleich entstanden Mehraufwendungen i.H.v. rd. 5,11 Mio. €. Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich in der Hauptsache aus den höheren Aufwendungen für

- die energetische Rathaussanierung	(+ 2.380 T€)
- Mehrbelastung ÖPNV	(+ 134 T€)
- Krankenhilfe (§4 AsylbIG / §264 SGB V)	(+ 130 T€)
- Sach- und Geldleistungen (§3 AsylbIG)	(+ 317 T€)
- Eingliederungshilfe in Einrichtungen (§ 35 a SGB VIII)	(+ 201 T€)
- Tagespflege (§23 SGB VIII)	(+ 231 T€)
- Betriebskostenzuschüsse an die AÖR	(+ 213 T€)
- Betriebskostenzuschüsse an freie Träger KiTa´s	(+ 1.065 T€)
- Fehlbedarfsdeckung Kindergärten	(+ 193 T€)
- Zuweisungen und Zuschüsse an übrige Bereiche (z. B. Ausstattung KiGa Franz Rüth Str.)	(+ 253 T€)
- Zuweisungen an verb. Unternehmen/Beteiligungen	(+ 212 T€)

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** unterschritten den Vorjahresbetrag um rd. 0,58 Mio. €. Dies ist insbesondere Ausfluss folgender Veränderungen

- Verzinsung Gewerbesteuer nach § 233 a AO	(- 1.598 T€)
- Ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	(+ 24 T€)
- Miete Rathaus Kopierer, Drucker	(- 45 T€)
- Geschäftsaufwendungen	(- 54 T€)
- Kapitalertragssteuern	(+ 356 T€)
- Schadensfälle	(+ 33 T€)
- Einstellungen u. Zuschreibungen i.d. Sonderposten	(+ 525 T€)
- Wertveränderung Forderung durch Niederschlagung	(+ 171 T€)
- Einzelwertberichtigungen	(+ 104 T€)
- Reduzierung öffentl. rechtl. Ford. gem. § 107b BeamtVG	(- 103 T€)

Die **Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen** ergeben im Jahresvergleich Minderaufwendungen von rd. 337 T€. Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der günstigen Entwicklung bei den Zinssätzen für Kommunalkredite sowohl im Langfristbereich als auch im kurzfristigen Liquiditätssicherungsbereich. Des Weiteren konnte die Summe dieser Kredite von 2012 zu 2013 um rd. 1,35 Mio. € auf 161,68 Mio. € gesenkt werden.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen Aufwandsarten (> 1.000.000 €) im Vergleich zum Jahr 2012 und im Vergleich zur Planung aufgezeigt:

Sachkontenbezeichnung	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013
Bezüge Beamte	4.916.246,36	4.903.050	5.020.226,61
Vergütung der tarifl. Beschäftigten	12.646.016,86	13.222.900	13.169.298,12
Beitrag Versorgungskassen tarifl. Beschäftigten	981.962,47	1.024.700	1.017.425,85
Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung der tarifl. Beschäftigten	2.484.356,10	2.692.900	2.541.634,27
Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte	1.819.399,00	1.770.600	1.958.716,00
Beitrag zu Versorgungskassen für Vers.empf. Beamte	1.534.957,60	2.439.350	1.457.868,02
Kostenerstattungen an andere Jugendhilfeträger gem. §89ff SGB VIII	936.161,92	560.000	1.249.257,21
Erstattungen für Aufwendungen von Zweckverbänden und dergleichen	4.752.392,95	4.815.000	4.817.514,44
Erstattungen für Aufw. von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonderv.	5.974.090,42	6.302.250	6.218.977,24
Erstattungen für Aufwendungen von privaten Unternehmen	1.110.443,75	1.346.100	1.091.978,88
Heizung	1.788.839,26	1.500.000	1.831.596,91
Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	4.122.504,85	4.121.700	3.950.110,87
Betriebskostenzuschüsse an freie Träger KiTa's	5.194.358,24	5.920.000	6.259.234,83
Betriebskostenzuschüsse an die AÖR	4.191.815,31	4.885.000	4.405.234,75
Vollzeitpflege gem. §33 SGB VIII	1.494.759,45	1.400.000	1.534.643,10
Tagespflege gem. §23 SGB VIII	783.828,12	500.000	1.014.468,95
Heimerziehung gem. §34 SGB VIII	2.829.479,24	2.400.000	2.624.862,94
Gewerbsteuerumlage	1.946.120,00	1.639.000	1.863.601,00
Finanzierung Fonds Deutsche Einheit	1.890.517,00	1.592.000	1.810.355,00
Allg. StädteRegionsumlage	30.062.184,72	30.010.000	30.070.800,91
Mehrbelastung ÖPNV	1.396.800	1.496.000	1.531.220,40
Sonst. Transferaufwendungen	0,00	0	2.375.000,00
Verzinsung Gewerbesteuer	1.624.031,75	25.000	26.068,48
Kapitalertragssteuern	681.930,66	771.600	1.037.589,59
Zinsaufwendungen an sonst. Öffentl. Sonderrechnungen	2.407.103,02	2.220.200	2.203.513,29
Abschreibungen auf Sachanlagen	11.742.451,19	12.076.150	11.637.347,32

2.3 Kennzahlen zur Ergebnisrechnung

Kennzahlen	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Erläuterung
1) Aufwandsdeckungsgrad	101,51 %	92,04 %	96,28 %	99,45 %	81,35 %	83,59 %	95,95 %	Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden
2) Abschreibungsintensität	9,38 %	9,60 %	8,94 %	9,09 %	9,19 %	8,83 %	8,50 %	Die Abschreibungsintensität gibt an, in welchem Umfang die Stadt Eschweiler durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.
3) Abschreibungslastquote	229,23 %	237,75 %	235,45 %	234,19 %	236,28 %	245,47 %	240,55 %	Die Kennzahl Abschreibungslastquote zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr an. Die Kennzahl unterstützt die Bewertung der tatsächlichen Aufwendungen aus der Nutzung des vorhandenen Vermögens.
4) Drittfinanzierungsquote	43,62 %	42,06 %	42,47 %	42,70 %	42,32 %	40,74 %	41,57 %	Die Drittfinanzierungsquote zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.
5) Zinslastquote	4,91 %	4,71 %	3,53 %	3,31 %	3,06 %	2,68 %	2,37 %	Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Kennzahlen	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Erläuterung
6) Zuwendungsquote	19,60 %	15,93 %	20,71 %	18,23 %	18,73 %	16,11 %	28,81 %	Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Stadt Eschweiler von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.
7) Personalintensität	21,82 %	20,45 %	19,79 %	20,25 %	19,32 %	19,52 %	19,39 %	Die Personalintensität gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.
8) Sach- und Dienstleistungsintensität	24,35 %	22,70 %	23,48 %	22,96 %	24,39 %	22,36 %	21,07 %	Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.
9) Transferaufwandsquote	37,81 %	38,75 %	38,88 %	42,05 %	41,01 %	42,84 %	45,28 %	Die Transferaufwandsquote stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.
10) Netto-Steuerquote	43,29 %	47,85 %	44,80 %	50,46 %	47,59 %	47,26 %	41,76 %	Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter ist.

3 Finanzrechnung 2013

	Ergebnis 2012	PLAN 2013	vorl. Ergebnis 2013
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	110.193.436,74 €	120.307.650 €	147.177.226,99 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-124.827.021,74 €	-128.499.150 €	-137.200.398,24 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-14.633.585,00 €	-8.191.500 €	9.976.828,75 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	7.236.470,12 €	5.514.350 €	6.774.532,96 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-12.495.649,17 €	-13.594.550 €	-12.948.714,53 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.259.179,05 €	-8.080.200 €	-6.174.181,57 €
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	-19.892.764,05 €	-16.271.700 €	3.802.647,18 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	20.146.094,66 €	2.903.900 €	-2.478.908,10 €
Anfangsbestand an Finanzmitteln	348.941,23 €	0 €	638.392,85 €
Bestand an fremden Finanzmitteln	33.121,01 €	0 €	671.264,20 €
Liquide Mittel	635.392,85 €	-13.367.800 €	2.633.396,13 €

3.1 Investive Auszahlungen 2013

a) Erwerb von Grundstücken und Gebäuden:	376.955,27 €
b) Baumaßnahmen:	
- Technisches Gebäudemanagement	6.659.230,88 €
- Entwässerung und Abwasserbeseitigung	2.324.094,23 €
- Gemeinde- / Kreisstraßen	1.783.798,25 €
- Öffentliches Grün	52.955,00 €
- Natur und Landschaft	156.405,57 €
- Blaustein-See	63.508,69 €
- sonstige	66.456,41 €
c) Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	
- Fahrzeugen und Maschinen:	66.240,75 €
- Vermögensgegenständen:	93.823,09 €
- Betriebs- und Geschäftsausstattung:	252.714,37 €
- geringwertige Vermögensgegenstände:	105.143,27 €
- Anlagen im Bau:	497.387,75 €
d) Finanzanlagen:	450.001,00 €
Summe	12.948.714,53 €

3.2 Investive Einzahlungen 2013

Den vorgenannten Investitionen stehen Einzahlungen für Investitionen und Baumaßnahmen in folgender Höhe gegenüber:

- Investitionszuwendungen vom Land	2.947.092,82 €
- Einzahlungen aus der Veräußerung v. Grundstücken	2.239.066,57 €
- Einzahlungen aus der Veräußerung v. bew. Vermögen	7.606,50 €
- Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	919.304,75 €
- Beiträge aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	634.641,72 €
- Sonstige	<u>26.820,60 €</u>
Summe	6.774.532,96 €

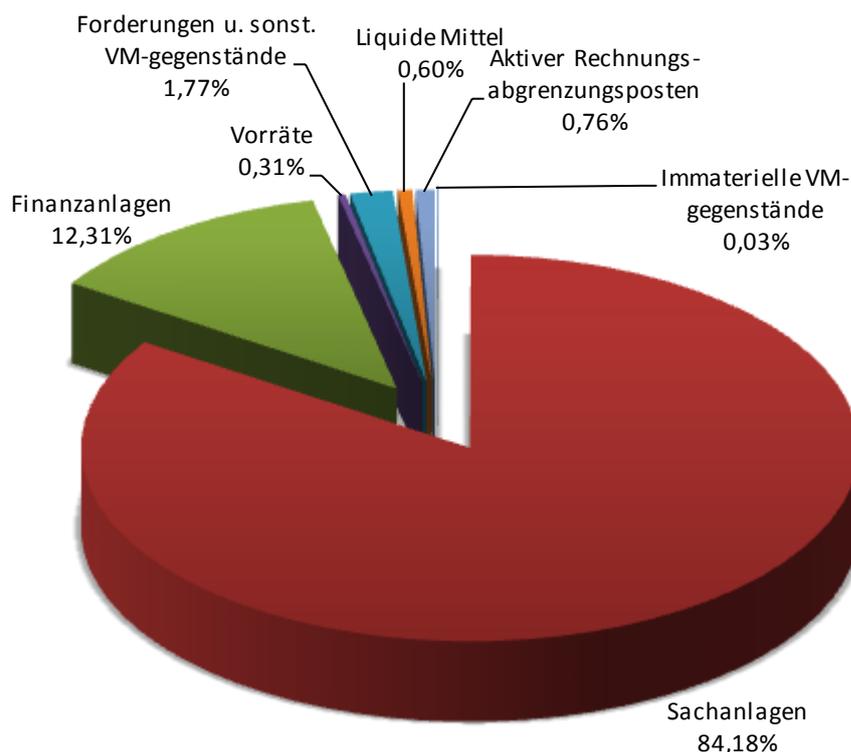
4 Bilanz zum 31.12.2013

Die Bilanz zum 31.12.2013 weist unter Berücksichtigung der Salden der Ergebnis- und der Finanzrechnungen insgesamt eine Bilanzsumme von 439.033.262,33 € aus. Damit hat sich die Bilanzsumme im Laufe des Jahres 2013 um 1.969.547,02 € vermehrt.

Die Eckpunkte der Bilanzsumme stellen sich wie folgt dar:

AKTIVA		PASSIVA	
Anlagevermögen	423.764.072,79 €	Eigenkapital	55.469.725,67 €
Umlaufvermögen	11.762.026,30 €	Sonderposten	115.803.505,20 €
		Rückstellungen	77.054.654,41 €
		Verbindlichkeiten	180.120.107,29 €
Aktive	3.507.163,24 €	Passive	10.585.269,76 €
Rechnungsabgrenzung		Rechnungsabgrenzung	
Σ AKTIVA	<u>439.033.262,33 €</u>	Σ PASSIVA	<u>439.033.262,33 €</u>

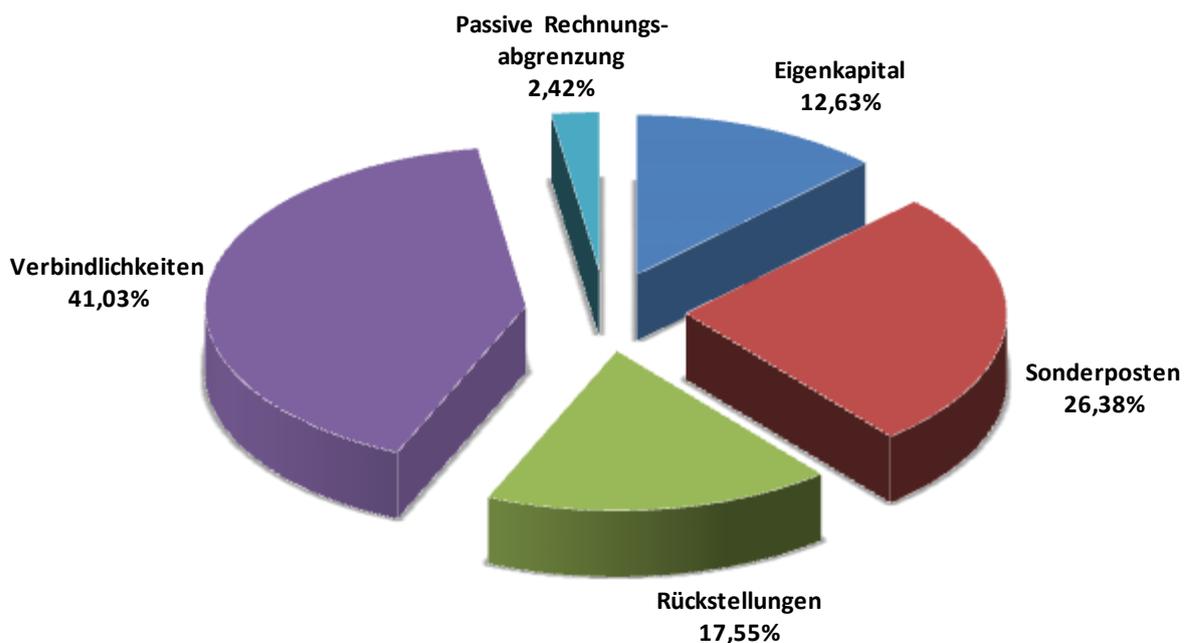
4.1 Aktiva



Wesentliche Veränderungen auf der Aktivseite der Bilanz ergaben sich im Vergleich zur Schlussbilanz 2012 in den Bereichen der unbebauten Grundstücke (+ 1,83 Mio. €), der bebauten Grundstücke (- 0,87 Mio. €), des Infrastrukturvermögens (- 2,94 Mio. €), der Finanzanlagen (- 0,96 Mio. €), den Ausleihungen (+ 0,70 Mio. €), den Vorräten (- 1,07 Mio. €), den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (+ 0,93 Mio. €) und den liquiden Mitteln (+ 2,00 Mio. €).

Die Veränderung der Finanzanlagen ergab sich bei den Wertpapieren des Anlagevermögens. Nach dem NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKFVG) war unter Berücksichtigung der Entwicklung der RWE-Aktie im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 erneut eine Abwertung vorzunehmen. Diese Wertveränderung ist gemäß dem NKFVG direkt gegen die allgemeine Rücklage zu buchen und wirkt sich damit nicht auf die Ergebnisrechnung aus. Auf die näheren Erläuterungen im Anhang zum Jahresabschluss 2013 wird verwiesen.

4.2 Passiva



Im Bereich der Passiva ergeben sich deutliche Veränderungen vor allem im Bereich des Eigenkapitals. Hier wirkt sich zum einen der in der Ergebnisrechnung ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von - 3.629.740,73 € aus. Zum anderen wirkt sich im Bereich der allgemeinen Rücklage ebenfalls die Wertveränderung (i.H.v. 1,41 Mio. €) der RWE-Aktien aus.

Der Bestand der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen ist um rd. 2,94 Mio. € gestiegen, die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung um 4,29 Mio. € gesunken. Die Entwicklung der Liquiditätssicherungskredite in Vorjahren spiegelt zum einen die erwirtschafteten Fehlbeträge der Ergebnisrechnung wieder, aber zum anderen auch den rechtlich zulässigen Umstand, dass aufgrund der günstigen Zinskonditionen bei Liquiditätssicherungskrediten auch teilweise Investitionsmaßnahmen über diese Kreditform vorfinanziert wurden. In 2013 wurden unter Ausnutzung des zur Zeit günstigen Zinsniveaus entsprechende Liquiditätssicherungskredite in langfristige Investitionskredite umgewandelt.

4.3 Kennzahlen zur Bilanz

Kennzahlen	EB 2007	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Erläuterung
1) Eigenkapitalquote I	29,98 %	30,32 %	28,03 %	26,40 %	26,06 %	21,11 %	13,83 %	12,63 %	Die Eigenkapitalquote I misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz.
2) Eigenkapitalquote II	54,85 %	54,91 %	51,22 %	49,67 %	49,27 %	45,80 %	39,26 %	38,04 %	Die Eigenkapitalquote II misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Bilanz. Weil bei den Gemeinden der Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellt, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.
3) Infrastrukturquote	48,51 %	49,02 %	48,68 %	48,20 %	47,82 %	47,72 %	49,00 %	48,12 %	Die Infrastrukturquote stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.
4) Investitionsquote	84,44 %	84,41 %	133,94 %	95,05 %	107,05 %	79,36 %	49,40 %	96,10 %	Die Investitionsquote gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.
5) Anlagen- deckungsgrad II	79,85 %	77,40 %	72,91 %	75,81 %	75,59 %	72,61 %	67,63 %	67,92 %	Der Anlagendeckungsgrad II gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert ist.
6) Anlagenintensität	98,77 %	98,74 %	98,08 %	97,43 %	97,39 %	96,83 %	97,08 %	96,52 %	Die Anlagenintensität stellt ein Verhältnis zwischen dem Anlagevermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Anlagevermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stadt entspricht. Ein hoher Wert verlangt in der Regel einen hohen Anteil des Eigenkapitals oder von langfristigem Fremdkapital am Gesamtkapital auf der Passivseite.

Kennzahlen	EB 2007	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Erläuterung
7) Dynamischer Verschuldungsgrad	63,38	26,58	---	174,47	23,09	---	---	25,00	Mit dem dynamischen Verschuldungsgrad lässt sich die Fähigkeit der Schuldentilgung der Stadt Eschweiler beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt bei einer Stadt an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer). Aufgrund des negativen Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit in der Finanzrechnung 2008 und 2011-2012 war hier eine entsprechende Kennzahl nicht ermittelbar
8) Liquidität II. Grades	8,40 %	8,45 %	9,29 %	12,78 %	9,92 %	9,33 %	5,97 %	8,33 %	Der Liquiditätsgrad II gibt stichtagsbezogen Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“ der Stadt. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.
9) Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	8,60 %	9,68 %	15,35 %	15,43 %	15,99 %	19,14 %	24,05 %	24,05 %	Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote zeigt auf, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird.

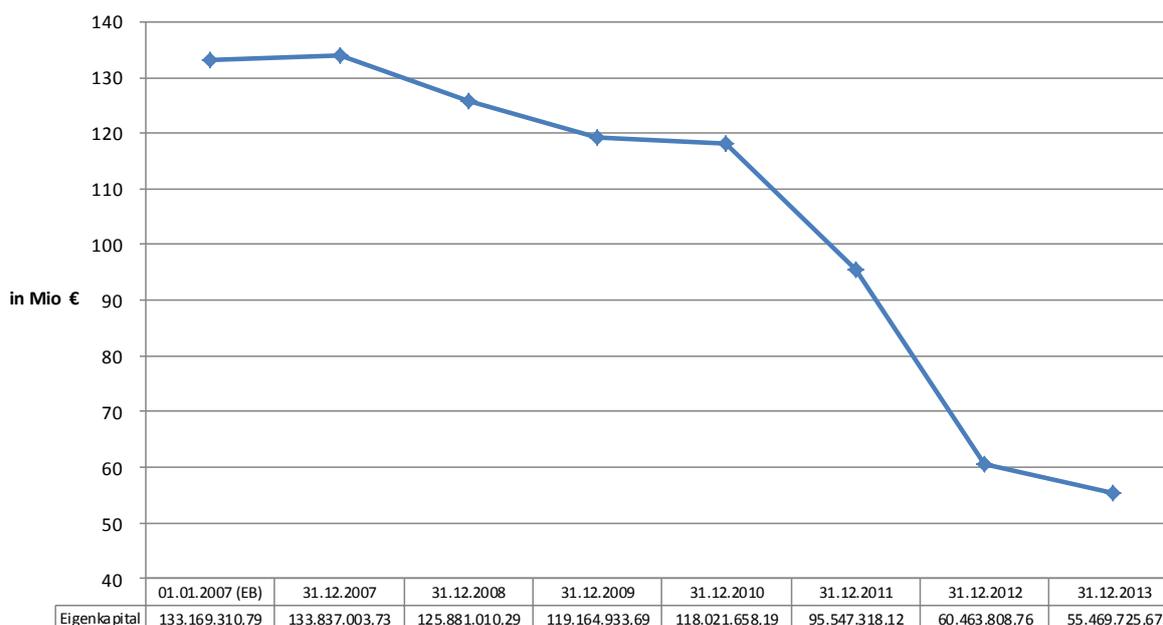
5 Ergebnisentwicklung

Wie bereits unter Punkt 2 ausgeführt, schließt die Ergebnisrechnung 2013 mit einem Jahresfehlbetrag i.H.v. - 3.629.740,73 € ab. Damit ergibt sich zum geplanten Fehlbedarf in Höhe von - 10.226.350 € eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 6.596.609,27 €. Diese Verbesserung ist insbesondere auf Mehrerträge Gewerbesteuer, außerplanmäßigen Erträgen aus der Abrechnung nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz sowie Minderaufwendungen bei den Versorgungsaufwendungen und den Aufwendungen der Sach- und Dienstleistungen zurückzuführen.

Die Finanzrechnung 2013 weist einen Bestand an liquiden Mitteln von 2.633.396,13 € aus.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2013, unter Berücksichtigung der Salden der Ergebnis- und der Finanzrechnung, auf insgesamt 439.033.262,33 €. Damit hat sich die Bilanzsumme im Laufe des Jahres 2013 um 1.969.547,02 € im Vergleich zum Stichtag 31.12.2012 erhöht.

Mit dem Jahresabschluss 2011 war die Ausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht. Somit führt das Jahresergebnis i.H.v. - 3.629.740,73 € insgesamt zum 01.01.2014 zu einer Verringerung in dieser Höhe. Insgesamt stellt sich die Entwicklung des Eigenkapitals wie folgt dar:



6 Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung

Gemäß § 75 Abs. 2 GO muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Die Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können. Die Ausgleichsrücklage war zum 31.12.2011 vollständig aufgezehrt, so dass nunmehr zum Fehlbetragsausgleich in Höhe von - 3.629.740,73 € ausschließlich die allgemeine Rücklage in An-

spruch genommen wird. Damit konnte der Haushalt 2013 - wie auch schon in den Vorjahren - nicht ausgeglichen werden.

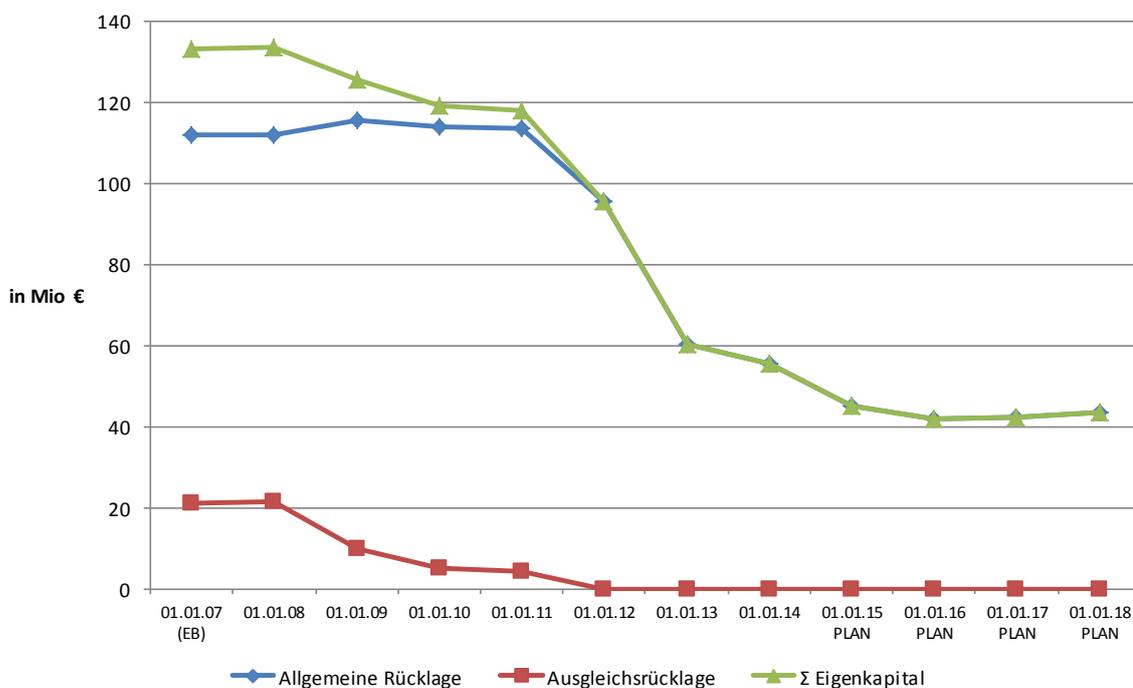
Wenngleich durch die fehlende Haushaltsgenehmigung der Aufsichtsbehörde das Stamm-Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2010 – 2016 keine Bestandskraft erlangte, wurde in 2010 der Grundstein für die Haushaltskonsolidierung bis einschließlich 2016 gelegt. Nach Beschlussfassung im Stadtrat am 04.05.2011 wurden die Haushaltssatzung 2011 sowie die 1. Fortschreibung des HSK mit Verfügung des Städteregionsrates der StädteRegion Aachen als untere staatliche Verwaltungsbehörde vom 22.11.2011 genehmigt. Die verfügbaren Auflagen und Hinweise wurden vom Rat der Stadt Eschweiler mit Beitrittsbeschluss vom 30.11.2011 sanktioniert.

Die Haushaltssatzung 2012 sowie die 2. Fortschreibung des HSK wurde mit Verfügung des Städteregionsrates der StädteRegion Aachen als untere staatliche Verwaltungsbehörde vom 22.06.2012 genehmigt. Auch hier konnte im Haushaltsplan die Wiedererlangung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2016 realistisch dargestellt werden.

Die Haushaltssatzung 2013 einschließlich der 3. Fortschreibung des HSK wurde nach Beschlussfassung des Stadtrates der Stadt Eschweiler am 19.12.2012 mit Verfügung vom 04.03.2013 durch die Kommunalaufsicht genehmigt. Wie bereits in den Vorjahren wurde der Haushaltsausgleich in 2016 planmäßig dargelegt.

Die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2014 einschließlich der 4. Fortschreibung des HSK erfolgte in der Stadtratssitzung am 11.12.2013. Hierbei konnte das Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt in 2016 zu erreichen, wiederum planmäßig dargestellt werden. Die aufsichtsbehördliche Genehmigung erfolgte mit Verfügung vom 17.03.2014.

Nachfolgend wird die Entwicklung des Eigenkapitals (getrennt nach Allg. Rücklage, Ausgleichsrücklage und Gesamtsumme Eigenkapital) aufgezeigt:



Während die Eigenkapitalquote – mit bzw. ohne langfristige Sonderposten – in den Jahren 2009, 2010 und 2011 nahezu stagnierte, zeigte sich zum 31.12.2011 eine deutliche Absenkung, die in erster Linie auf Mindererträge bei der Gewerbesteuer sowie bei den Schlüsselzuweisungen des Landes zurückzuführen waren. Zum 31.12.2012 verzeichnet die Stadt Eschweiler aufgrund der Abwertung der RWE-Aktien eine deutliche Senkung des Eigenkapitals und damit auch der Eigenkapitalquote. In 2013 mussten die RWE-Aktien erneut abgewertet werden, hinzu kommt noch der Jahresfehlbetrag (um rd. 6,6 Mio. Euro zwar wesentlich geringer als geplant), so dass es auch hier zu einer weiteren Eigenkapitalverringering kommt.

Die Situation der finanziellen Ausstattung des Haushaltes der Stadt Eschweiler ist seit Jahren bekannt und in den jeweiligen Fortschreibungen der Haushaltssicherungskonzepte ausführlich erläutert und dargestellt. Grundsätzlich gelten die hier aufgezeigten Tendenzen auch weiterhin.

Aktuell zeigt die Umsetzung der im HSK festgeschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen, dass die Zielerreichung des Konzeptes, in 2016 den Haushaltsausgleich darzustellen, nur mit äußerster Haushaltsdisziplin und Anstrengung zu erreichen ist.

Trotz einer relativ guten Ertragssituation, wie beispielsweise bei den Steuern, ist aufgrund des steigenden Aufwandes im Bereich der Sozialleistungen keine grundsätzliche Trendwende der Situation der Kommunalfinanzen festzustellen.

Neben den Konsolidierungsmaßnahmen sind daher auch Chancen innerhalb der bereits installierten Steuerungsinstrumente zu generieren.

Neben der Daueraufgabe „Optimierung und Ausweitung der Wirtschaftsförderung“ ist das Forderungsmanagement weiterhin positiv zu strukturieren, damit die Beitreibung der werthaltigen Forderungen dauerhaft gesichert ist.

Letztlich wird man den „Status quo Haushaltsausgleich“ nur gewährleisten können, indem man sämtliche Erträge und Aufwendungen permanent auf den Prüfstand stellt. Hierfür ist eine strategische Ausrichtung der Stadt Eschweiler unerlässlich, die auch neue Wege impliziert, wie zum Beispiel eine flächendeckende Aufgabenkritik.

Neben den stadt eigenen Problemstellungen belasten auch immer wieder außerordentliche Sachverhalte die kommunale Haushaltswirtschaft.

Schließlich ist nach wie vor eine grundlegende Neustrukturierung des Gemeindefinanzierungsgesetzes unverzichtbar.

Das Stärkungspaktgesetz des Landes NRW bietet hierzu lediglich ansatzweise eine Form der staatlichen Hilfe, letztendlich werden die betroffenen Kommunen den Haushaltsausgleich am Ende des Planungszeitraums nur mit äußerster Haushaltsdisziplin, wohl kaum aber einen dauerhaften Haushaltsausgleich erreichen. Erste Signale zeichnen sich für diese Entwicklung bereits ab (aktuelles Beispiel: Stadt Altena). Insoweit ist der Weg, den Haushaltsausgleich über ein realistisches und schlüssiges Haushaltssicherungskonzept zu erzielen die bessere und effektivere Alternative.

6.1 Risiken aus abgeschlossenen Verträgen

Von der Vielzahl der zum Stichtag 31.12.2013 abgeschlossenen Verträge der Stadt mit Dritten (z. B. Pacht-, Miet- und sonstige Nutzungsverträge, Dienstverträge, Gestattungsverträge, Betriebsführungsverträge, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, Instandhaltungs- und Wartungsverträge, Versicherungsverträge etc.) ist zu einigen Verträgen hinsichtlich der Risikoabschätzung folgendes auszusagen:

6.1.1 Kreditverträge

Die Stadt Eschweiler hat ausschließlich mit Banken und Sparkassen Kreditverträge abgeschlossen. Dies gilt sowohl für die Langfristkredite (zur Finanzierung von Investitionen) als auch für die Liquiditätssicherungskredite. Zum Stichtag 31.12.2013 hat die Stadt insgesamt Verpflichtungen aus Kreditgeschäften vergangener Haushaltsjahre zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 78.552.599,98 €. Die Kredite wurden mit Festzinsvereinbarungen sowie mit variablen Zinsvereinbarungen abgeschlossen.

Darüber hinaus wurden zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos einige Zinssicherungsgeschäfte abgeschlossen. Insgesamt lässt sich das Zinsrisiko nicht gänzlich ausschließen, da z.B. jede Prolongation einer auslaufenden Zinsfestschreibung Zinsmehraufwand verursachen kann, welcher auch nicht durch den Einsatz von Zinssteuerungsinstrumenten vollständig zu eliminieren ist.

6.1.2 Vertragliche Vereinbarungen in Zusammenhang mit städt. Beteiligungen

Die Ausgliederung von Aufgaben in privatrechtliche Gesellschaften führt bei verbleibender Beteiligung zu neuen unternehmensspezifischen Risiken. Nicht zuletzt aufgrund des organisatorischen Abstands zwischen der Kernverwaltung und den Beteiligungen ist eine direkte Steuerung durch die Kommunen nicht mehr möglich. Die Kommune hat auf unternehmerische Entscheidungen nur noch bedingt Einfluss.

Die Stadt Eschweiler hat zum 01.01.2013 nach Abschluss eines sog. Rekommunalisierungsprozesses die bisher im Besitz der Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG befindlichen 49 % Geschäftsanteile übernommen, sodass es sich nunmehr bei der WBE GmbH wieder um eine 100% ige Tochtergesellschaft der Stadt Eschweiler handelt. Für die übernommenen wirtschaftlichen Risiken leistete die Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG eine Schadenersatzzahlung an die Stadt Eschweiler, welche erfolgsneutral vereinnahmt wurde und für evtl. Verluste der WBE GmbH in den Folgejahren bis zum ursprünglichen Vertragsablauf vorgehalten werden muss.

Gemäß der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft sowie des Eintritts der Stadt Eschweiler in die von der Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG bis zum 31.12.2012 gewährten Sicherungsinstrumente (Rangrücktritt der Gesellschafterdarlehen sowie harte Patronatserklärung) wird eine tatsächliche Überschuldung der WBE GmbH vermieden.

Darüber hinaus wird zur Stabilisierung der Gesellschaft der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag mittelfristig abgebaut. So hat die Stadt Eschweiler in Fortführung der Verfahrensweise des bisherigen Gesellschafters Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG bereits für 2013 auf einen Teilbetrag in Höhe von 800 T€ und für 2014 auf einen Teilbetrag in Höhe von 1 Mio. € der mit einem Bilanzwert von 1 € übernommenen Darlehensforderung bzw. der entstandenen Zinsen verzichtet.

Weitere Verzichtserklärungen sollen in den kommenden Jahren sukzessive bis zum vollständigen Abbau der gewährten Gesellschafterdarlehen durch die Stadt Eschweiler erteilt werden.

Insbesondere durch die vorliegende Patronatserklärung kann das Risiko der Zahlungsfähigkeit der WBE GmbH ausgeschlossen werden.

6.1.3 Gewährträgerschaft für BKJ / AöR

Die Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche sind in der Rechtsform einer gemeindlichen AöR gemäß § 114 a GO NRW organisiert. Dies hat für die Stadt Eschweiler eine gesetzliche Gewährträgerschaft zur Folge. Nach allgemeinem Verständnis bedeutet die Gewährträgerschaft, dass die Stadt Eschweiler unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der Anstalt eintreten muss, wenn diese die Ansprüche ihrer Gläubiger nicht mehr befriedigen kann.

Letztlich ist hier latent die Gefahr einer Schuldenübernahme gegeben, die eine permanente haushaltswirtschaftliche Abstimmung zwischen der Stadt und der AöR erforderlich macht und die u. a. auch eine sorgfältige Fehlbetragsberechnung beinhaltet.

Zur Risikoabsicherung finden regelmäßig Abstimmungen zwischen dem Stadtkämmerer, der gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrates der BKJ ist, und dem Vorstand der BKJ statt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Fehlbedarfsabdeckungen durch die Stadt Eschweiler an die BKJ sowie deren Betriebsergebnisse auf.

	2007*	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	in T€						
städt. Fehlbedarfsabdeckung	907	2.195	2.282	245	647	781	974
Betriebsergebnis der BKJ**	- 67	+ 344	+ 58				

* Übernahme der städt. Kindergärten zum 01.07.2007

** Betriebsergebnisse 2010 bis 2013 liegen zur Zeit noch nicht vor